

Merkblatt

betreffend den Vorbereitungsdienst für das Lehramt für Sonderpädagogik im Saarland

1. In den Vorbereitungsdienst für das Lehramt für Sonderpädagogik) kann übernommen werden, wer

- die Erste Staatsprüfung für das Lehramt für Sonderpädagogik nach der im Saarland geltenden jeweiligen Ausbildungs- und Prüfungsordnung (APO) bestanden hat oder
- außerhalb des Saarlandes eine Staatsprüfung abgelegt hat, die entweder allgemein oder - nach Vorlage des Zeugnisses - im Einzelfall durch das Prüfungsamt für die Lehrämter an Schulen beim Ministerium für Bildung und Kultur des Saarlandes als Erste Staatsprüfung im Sinne der entsprechenden saarländischen APO anerkannt ist und
- die allgemeinen Voraussetzungen für die Übernahme in das Beamtenverhältnis erfüllt.

Zum Vorbereitungsdienst wird nicht zugelassen, wer im Saarland oder in einem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Vorbereitungsdienstes eine Staatsprüfung für das Lehramt für Sonderpädagogik oder ein entsprechendes Lehramt endgültig nicht bestanden hat. Zum Vorbereitungsdienst soll nicht zugelassen werden, wer zuvor im Saarland oder in einem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland aus dem Vorbereitungsdienst für das Lehramt für Sonderpädagogik oder ein entsprechendes Lehramt entlassen wurde, es sei denn, dass die Beendigung aus wichtigem Grund auf eigenen Antrag erfolgt ist. Wichtige Gründe sind insbesondere eine längere schwere Erkrankung, die Familienzusammenführung, die Kindererziehung oder die alleinige Verantwortung für einen ärztlich anerkannten Pflegefall; ausbildungsfachliche oder -organisatorische Gründe sind keine wichtigen Gründe.

Es wird darauf hingewiesen, dass für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst Zulassungsbeschränkungen bestehen, wenn mehr Bewerber mit den geforderten Voraussetzungen die Einstellung beantragt haben als Ausbildungskapazität vorhanden ist.

Das Auswahlverfahren erfolgt nach dem Gesetz über die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für Lehrämter im Saarland (GZVL) in der Fassung vom 23. Juni 1999 (Amtsbl. S. 1054) und der Verordnung über die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für Lehrämter im Saarland vom 20. April 2000 (Amtsbl. S. 835).

Im Rahmen dieses Auswahlverfahrens werden ggfs. jeweils bis zu fünfzehn vom Hundert der verfügbaren Ausbildungsplätze für Bewerber/-innen mit Bedarfsfächern bzw. für Bewerber/-innen mit der längsten Wartezeit, bis zu zehn vom Hundert der verfügbaren Ausbildungsplätze für Bewerber/-innen als außergewöhnliche Härtefälle und bis zu fünf vom Hundert der verfügbaren Ausbildungsplätze für Bewerber/-innen mit den höchsten Gesamtzulassungsnoten unabhängig von ihrer Fächerkombination reserviert.

Das Prüfungsergebnis im Zeugnis über die Erste Staatsprüfung ist in Form einer Dezimalnote oder mit Punkten vorzulegen. Dies kann auch durch eine Bescheinigung des zuständigen Prüfungsamtes nachgewiesen werden.

Für jede erfolglose Bewerbung im Saarland wird die Prüfungsnote um 0,25 Punkte auf der Basis der 15 Punkteskala verbessert.

Wegen des Bewerberüberhanges sind Wartezeiten gegebenenfalls unvermeidbar.

2. Der Vorbereitungsdienst beginnt am 1. Februar und 1. August jeden Jahres und dauert 18 Monate.

Die Anträge auf Zulassung müssen über die Online-Bewerbungsplattform Interamt sowie postalisch spätestens vier Monate (1.10. bzw. 1.4.) vor dem jeweiligen Einstellungstermin bei dem

Ministerium für Bildung und Kultur
- Referat D 4 – 7.2.2.2
Trierer Straße 33
66111 Saarbrücken

eingegangen sein.

Unterlagen zum Antrag können bis spätestens zwei Monate (1. Juni bzw. 1. Dezember) vor dem jeweiligen Einstellungstermin nachgereicht werden. Verspätet eingegangene Bewerbungen sowie Anträge, zu denen evtl. noch fehlende Unterlagen nicht spätestens zu den angegebenen Terminen nachgereicht worden sind, können keine Berücksichtigung finden. Wartelisten für spätere Einstellungstermine werden nicht geführt.

3. Der/Die Bewerber(in) wird mit der Zulassung zum Vorbereitungsdienst unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf zum/zur Anwärter(in) ernannt. Er/Sie erhält während der Dauer des Vorbereitungsdienstes Anwärterbezüge gemäß den Bestimmungen des Bundesbesoldungsgesetzes.
4. Anwärter/innen sind von der Sozialversicherungspflicht befreit. Es wird jedoch empfohlen, freiwillig eine Krankenversicherung abzuschließen. Bei Krankheits-, Geburts- und Todesfällen wird dem/der Anwärter(in) auf Antrag Beihilfe gewährt.
5. Mit der Zulassung zum Vorbereitungsdienst wird der/die Anwärter(in) dem Staatlichen Studienseminar für Sonderpädagogik zur Ausbildung zugewiesen. Das Studienseminar befindet sich in Saarbrücken-Dudweiler. Zur Ausbildung in der Didaktik und Methodik seiner/ihrer Unterrichtsfächer wird er/sie Fachleitern/Fachleiterinnen zugeteilt. Die Zuweisung an die Fachleiter/innen erfolgt durch die Leitung des Studienseminars nach Dienstaufnahme. Vorherige Anfragen sind zwecklos.
6. Das Beamtenverhältnis des Anwärters/der Anwärterin, der/die die Zweite Staatsprüfung für das Lehramt für Sonderpädagogik besteht oder endgültig nicht besteht, endet mit der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses, in der Regel mit Ablauf des 18. Ausbildungsmonats. Beamte/Beamtinnen auf Widerruf können jederzeit entlassen werden, insbesondere wenn erhebliche Zweifel an ihrer Eignung und Befähigung bestehen.
7. Das Bestehen der Zweiten Staatsprüfung begründet keine Anwartschaft auf Übernahme in den Schuldienst.
8. Die dem **formlosen Antrag** auf Zulassung zum Vorbereitungsdienst beizufügenden oder innerhalb der o.a. Frist nachzureichenden Bewerbungsunterlagen sind dem umseitigen Hinweis zu entnehmen.

HINWEIS auf die bei einer Bewerbung einzureichenden Unterlagen

Es sind erforderlich:

1. ein Ausdruck Ihres Online-Antrages mit Datum und Unterschrift
2. unterschriebener Lebenslauf,
3. ein Lichtbild aus neuester Zeit,
4. Geburtsurkunde, ggfls. auch Eheurkunde oder Lebenspartnerschaftsurkunde und Geburtsurkunden der Kinder (standesamtlich beglaubigt). **Die Urkunden sollen neueren Datums sein.**
5. beglaubigte Abschrift bzw. Ablichtung der Hochschulzulassungsberechtigung (Abiturzeugnis) oder des sonstigen Nachweises der Hochschulreife,
6. beglaubigte Abschrift bzw. Ablichtung des Zeugnisses über die Erste Staatsprüfung oder über eine der Ersten Staatsprüfung äquivalente Hochschulabschlussprüfung,
7. Erweitertes Führungszeugnis (§ 30a BZRG) zur Vorlage bei einer Behörde (Belegart "0", bitte bei der zuständigen Meldebehörde unter Angabe des folgenden Verwendungszweckes „Vorbereitungsdienst Förderschulen Az.: D 4 - 7.2.2.2" beantragen); die Voraussetzungen nach § 30a Absatz 1 BZRG liegen vor.
8. eine Erklärung darüber, ob der/die Bewerber(in) gerichtlich bestraft ist oder gegen ihn ein gerichtliches Strafverfahren oder ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren anhängig ist (siehe Formular im Bildungsserver unter Lehrerausbildung),
9. eine Erklärung über den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit oder Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union (siehe Formular im Bildungsserver unter Lehrerausbildung),
10. ggfls. Bescheinigung über geleisteten Wehr- oder Ersatzdienst, über eine mindestens zweijährige Tätigkeit als Entwicklungshelfer oder das freiwillige soziale oder ökologische Jahr oder den Bundesfreiwilligendienst sowie über Kindererziehungszeiten.
11. gegebenenfalls Nachweis der Schwerbehinderung,
12. Nachweise über evtl. Studien- oder Tätigkeitsaufenthalte im Ausland:
13. **Nachweis gemäß § 20 Absatz 9 Infektionsschutzgesetz (IfSG)**

§ 8 Bonusregelung

(1) Bewerber/Bewerberinnen mit einer zulässigen modernen Fremdsprache als Ausbildungsfach, die einen nach der Ausbildungs- und Prüfungsordnung anerkannten Auslandsaufenthalt nachweisen, erhalten einen Bonus zur Verbesserung des Gesamtnotenwertes. Der Bonus beträgt 0,6 Punkte, bei einer Kombination von zwei Fremdsprachen 0,9 Punkte.

(2) Unabhängig von ihren Fächern oder ihrer Fachrichtung erhalten alle Bewerber/Bewerberinnen, die nach der Ersten Staatsprüfung und vor Beginn des Vorbereitungsdienstes für eine Dauer von mindestens einem Monat nachweislich mit 10 Wochenstunden an einer Schule oder einem sonstigen anerkannten Lehrinstitut im Inland beschäftigt waren und sich in dieser Tätigkeit bewährt haben, einen Bonus zur Verbesserung des Notendurchschnittswertes. Dieser beträgt je vollen Monat 0,1 Punkte, höchstens jedoch 1,2 Punkte.

Bewerber/Bewerberinnen, die nach der Ersten Staatsprüfung und vor Beginn des Vorbereitungsdienstes für eine Dauer von mindestens drei Monaten nachweislich mit 12 Wochenstunden an einer Schule oder einem sonstigen anerkannten Lehrinstitut im Ausland beschäftigt waren und sich in dieser Tätigkeit bewährt haben, erhalten einen Bonus. Dieser beträgt je vollen Monat 0,05 Punkte, höchstens jedoch 0,5 Punkte. Voraussetzung ist, dass die Sprache im Land der Beschäftigung eine an saarländischen Schulen als Unterrichtsfach oder in Arbeitsgemeinschaften gelehrt Fremdsprache ist. In jedem Fall zählen hierzu die Sprachen Französisch, Englisch, Spanisch und Italienisch.

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 enthaltenen Bonusregelungen sind kumulativ anwendbar.

12. Eine Erklärung des Bewerbers/der Bewerberin, ob er/sie bereits in einem anderen Bundesland oder bei anderen Zulassungsbehörden einen Antrag auf Zulassung zum Vorbereitungsdienst gestellt oder einen Vorbereitungsdienst ganz oder teilweise abgeleistet oder die Zweite Staatsprüfung abgelegt oder endgültig nicht bestanden hat.

13. Kirchliche Unterrichtserlaubnis

Bewerber/innen mit dem Fach katholische Religion oder evangelische Religion haben vor ihrer Zulassung den Nachweis der (vorläufigen) kirchlichen Unterrichtserlaubnis zu führen.

Persönliche Erklärung

Vorname Name: _____

Straße Hausnummer: _____

PLZ Wohnort: _____

geboren am: _____ in: _____

- Ich lebe in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen.
- Ich bin Deutsche/Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.
- Ich besitze die Staatsangehörigkeit.
- Ich bin staatenlos.
- Ich habe mich bisher weder in einem anderen Bundesland noch bei einer anderen Zulassungsbehörde für den Vorbereitungsdienst beworben.
- Ich habe mich bereits in einem oder in folgenden Bundesländern um Einstellung in den Vorbereitungsdienst beworben:

-
- Ich wurde bisher noch in keinem Bundesland in den Vorbereitungsdienst für ein Lehramt eingestellt.
 - Ich habe noch in keinem Bundesland die Zweite Staatsprüfung abgelegt oder endgültig nicht bestanden.
 - Ich wurde bereits in folgendem Bundesland in den Vorbereitungsdienst eingestellt:

Dauer des Vorbereitungsdienstes von : _____ bis: _____

- Ich erkläre, dass ich gerichtlich nicht bestraft bin.
- Ich erkläre, dass gegen mich kein gerichtliches Verfahren oder kein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren anhängig ist.
- Gegen mich ist folgendes Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft oder gerichtliches Verfahren anhängig:

Mir ist bekannt, dass eine Ernennung zurückzunehmen ist, wenn sie z. B. durch arglistige Täuschung oder unrichtige bzw. unvollständige Angaben herbeigeführt wurde.

Datum

Unterschrift

= Zutreffendes bitte ankreuzen